



# GRÜNPOL

## Rundbrief zu aktuellen Themen

### GAP - Nein danke zur bürgerlichen Sparhysterie

Jürg Wiedemann Landrat Grüne Fraktion, Mitglied der Finanzkommission



Bei einem Aufwand von 2.4 Milliarden Franken schloss die Staatsrechnung 2004 des Kantons Baselland mit einem Defizit von 46 Millionen ab; zweifellos ein unbefriedigendes Ergebnis. Folgerichtig sind deshalb auch Anstrengungen, mindestens mittelfristig ein ausgeglichenes Budget zu erreichen und den Selbstfinanzierungsgrad zu verbessern. Eine Überprüfung

und gegebenenfalls Anpassung der Leistungen und Aufgaben ist angebracht. Sparmassnahmen auf der Ausgabe Seite sind ebenso anzustreben wie das Generieren von Mehreinnahmen. Mit der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) hat die Regierung ein 134 Millionen schweres Sparpaket ausgearbeitet und dem Landrat kürzlich zur Beratung vorgelegt. Einige höchst fragwürdige Sparvorschläge verfehlten dank den linken Parteien die notwendige Vier-Fünftel-Mehrheit, so dass das Volk an der Urne darüber befinden kann.

Nicht nur die Stossrichtung dieser GAP-Massnahmen ist höchst zweifelhaft, sondern auch die Notwendigkeit in der vorgeschlagenen Grössenordnung. Die Finanzdirektion schürt mit einem konstruiert hohen Defizit in der Vierjahres-Finanzplanung bewusst Angst und Panik. Bei den Ausgaben wird alles nur Erdenkliche und Wünschenswerte aufgelistet, während bei den Einnahmen vom Minimum ausgegangen wird. So entsteht logischerweise ein beträchtliches prognostiziertes Defizit, welches meilenweit entfernt ist von jeder Realität.

Die Regierung benutzt diesen fragwürdigen Finanzplan um Sparmassnahmen durchzuzwängen, damit sie die frei werdenden finanziellen Mittel in anderen Bereichen und in verschiedenen Grossprojekten investieren kann. Dabei schreckt sie nicht davor zurück, ganz wichtige Eckpfeiler unseres Kantons zu schwächen:

? Der Umweltschutz wird mit Füßen getreten. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien nehmen die enorme gesundheitliche Belastung der Menschen durch Abgas- und Lärmemissionen, durch die permanente Überschreitung der Ozongrenzwerte im Sommer und durch die deutliche Zunahme des Feinstaubes nicht zur Kenntnis. Der Ausbau eines Luxus-Strassenetzes wird weiter vorangetrieben. Projekte, die ein Umsteigen vom privaten auf den öffentlichen Verkehr fördern, werden

abgelehnt. Dabei bedeutet weniger Privatverkehr deutliche Minderausgaben im Strassenneubau und -unterhalt.

? Im Bildungsbereich sind Sparmassnahmen vorgeschlagen, die einen erheblichen Qualitätsverlust bewirken: Die Gesamtstundenzahl und der Abteilungsunterricht sollen reduziert, Klassen auseinander gerissen und neu zusammengelegt werden. Schülerinnen und Schüler werden im Kanton herum geschoben; sie haben neu kein Anrecht mehr, in ihrer Wohngemeinde zur Schule zu gehen. Die Regierung setzt mit der Schliessung von Nebenschulorten auf anonyme Grossschulen und auf möglichst gefüllte Klassenzimmer. Ob es den Kindern wohl ist, ob sie optimal betreut werden und das Lernklima stimmt, wird zur Nebensache. Den Privatschulen, die eine echte Alternative zu den Staatsschulen darstellen, wird die Existenzgrundlage entzogen. Das alles ist eine bildungspolitische Bankrotterklärung.

? Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob ein Arbeitsplatz abgebaut wird, weil das Produkt oder die Dienstleistung im Laufe der Zeit nicht mehr gebraucht wird, oder ob auf eine Stelle verzichtet wird, damit die Lohnkosten kurzfristig reduziert werden können. Grossmehrheitlich trifft Letzteres zu. Mit einer unsozialen Beschäftigungspolitik werden Arbeitsplätze vernichtet und Menschen, ohne die Konsequenzen zu beachten, in die Arbeitslosigkeit getrieben.

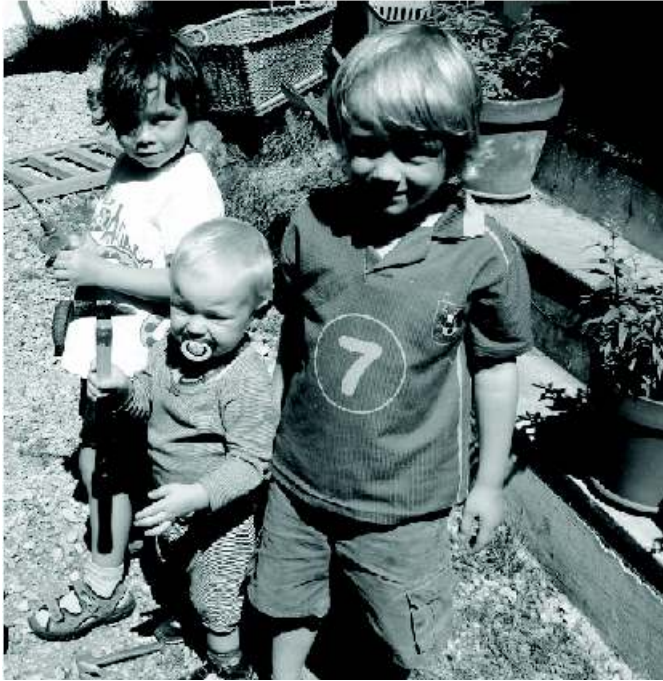
Unser Kanton benötigt nachhaltige und sozialverträgliche Sparmassnahmen sowie sinnvolle Mehreinnahmen, die keine negativen volkswirtschaftlichen Konsequenzen für die kommenden Generationen bedeuten. Das vorgeschlagene GAP-Paket erfüllt diese Bedingungen nicht.

### PAROLEN zum 25. September 2005

- |   |             |
|---|-------------|
| - Ausdehnung der Personenfreizügigkeit  | <b>Ja</b>   |
| - Familienzulagengesetz   | <b>Ja</b>   |
| - SP-Initiative "Höhere Kinderzulagen für alle"   | <b>Ja</b>   |
| X Stichentscheid: SP- Initiative ankreuzen  |             |
| - Hanfgesetz  | <b>Nein</b> |
| - Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes (Vergütung der Finanzaufsicht bei ausgegliederten Institutionen) | <b>Nein</b> |
| - Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes (Globalbudget für die Spitäler)                                  | <b>Nein</b> |
| - Änderung des Landwirtschaftsgesetzes  | <b>Nein</b> |
| - Änderung des Gewässerschutzgesetzes   | <b>Ja</b>   |
| - Änderung des Bildungsgesetzes   | <b>Nein</b> |

## Familienzulagen - JA

Florence Brenzikofer, Landrätin, Vizepräsidentin Erziehungskommission



### **Endlich höhere Kinderzulagen für alle, auch für Selbständigerwerbende!**

Am 25. September stimmen wir einerseits über die SP-Initiative „Höhere Kinderzulagen für alle“ und andererseits über den Gegenvorschlag der Regierung, das Familienzulagengesetz (FZG), ab.

Das neue FZG löst das heute verstaubte Kinderzulagengesetz von 1978 ab und erfüllt den wichtigen Grundsatz ein Kind = eine Zulage. Für Selbständigerwerbende bedeutet dies, dass sie endlich Anspruch auf Familienzulagen haben. Das FZG ist geschlechterneutral: Bei mehreren Anspruchsberechtigten wird die Zulage nicht automatisch dem Ehemann angerechnet, sondern die Elternteile entscheiden gemeinsam, an wen die Zulage ausbezahlt wird.

Unseren bürgerlichen Landratskollegen/Innen haben wir zu „verdanken“ (inklusive familienfreundliche CVP/EVP), dass es zu einer verwirlichen und unfairen Varianten-Abstimmung kommt. Wir haben die Wahl zwischen Variante 1: 200.- Kinderzulage und 220.- Ausbildungszulage pro Monat oder Variante 2: Status quo, das heisst 170/190 Franken Kinderzulage bzw. Ausbildungszulage. Auch mit der höheren Variante bewegen wir uns erst im schweizerischen Mittelfeld, obwohl es dem Kanton Baselstadt wirtschaftlich überdurchschnittlich gut geht. Sogar die diskutierte eidgenössische Regelung, die bald in Kraft treten soll, geht weiter als die magere Erhöhung um 30.- pro Kind.

Aus diesem Grund befürworte ich die Volksinitiative „Höhere Kinderzulagen für alle“, welche eine Kinderzulagenhöhe von 25% des Mindestbetrages der vollen einfachen Altersrente der AHV und eine Ausbildungszulagenhöhe von 30% dieses Betrages fordert. Umgerechnet sind das ca. 270.- Kinderzulage und 320.- Ausbildungszulage pro Monat. Es ist an der Zeit, dass junge Familien nicht nur ideell, sondern auch materiell unterstützt werden! Mit Überzeugung stimme ich am 25. September ja zum Familienzulagengesetz, Variante 1 und ja zur Volksinitiative „Höhere Kinderzulagen für alle“!

## Hanfgesetz - NEIN

PJ Wassermann,



Die Baselbieter Regierung hat am 9.3.2004 ein "Gesetz über den Anbau und die Abgabe von Hanf und Hanfprodukten" dem Landrat vorgelegt, das aber die nötige 4/5 Mehrheit nicht schaffen konnte.

### **• Worum geht es?**

"Zweck dieser Vorlage ist es, für den Anbau von Hanf eine Meldepflicht einzuführen und die Abgabe von Hanf und Hanfprodukten unter Bewilligungspflicht zu stellen", ist in der Vorlage an den Landrat zu lesen - es geht also darum, zusätzlich zur klaren Regelung durch das Betäubungsmittelgesetz weitere bürokratische Hürden und polizeiliche Kompetenzen zu schaffen. Diese richten sich schlussendlich vor allem gegen legale Hanfshops und gegen Bauern, die legal Hanf anpflanzen wollen, denn für den psychoaktiven Hanf, der für den Schwarzmarkt bestimmt ist, wird sicher niemand eine Bewilligung beantragen wollen...

### **• Was sind die Hintergründe?**

Die bürgerliche Regierung hat sich erschreckt gezeigt von der ungebrochenen Attraktivität des Hanfs, die sich während der zeitweisen Lockerung der Repression in den letzten Jahren offenbart hatte. Die überall aus dem Boden geschossenen Hanfläden wurden zwar vor etwa zwei Jahren mit den repressiven Massnahmen des bestehenden Betäubungsmittelgesetzes geschlossen, und die Händler damit wieder in den Untergrund gedrängt, doch die BL-Regierung wollte sich die Chance zu einer populistischen Profilierung nicht entgehen lassen und zog ein Kantönl-Hanfgesetz aus dem Hut.

Dieses ist aufgrund der geltenden eidgenössischen Gesetze nicht nur völlig unnötig und schafft zusätzliche Bürokratie, sondern ist auch rechtlich problematisch: "Die in §14 vorgesehenen Massnahmen seien rechtstaatlich nicht unbedenklich und es sei nicht auszuschliessen, dass der Entwurf die verfassungsmässigen Grundrechte, insbesondere die persönliche Freiheit und die Wirtschaftsfreiheit, in Frage stelle." Dies monierten sogar die Jungfreisinnigen ([http://www.baselstadt.ch/docs/parlament/vorlagen/2004/v185/2004-185\\_5.htm](http://www.baselstadt.ch/docs/parlament/vorlagen/2004/v185/2004-185_5.htm)), und es geht dabei um folgendes: "§14 ermächtigt die zuständige Behörde, Kontrollen vorzunehmen, um die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu überprüfen. Hierzu muss ihnen jederzeit Zutritt zu den Betrieben mit einer Bewilligung gewährt werden." Konkret werden also bei Betrieben mit Hanfbewilligung Haussuchungen ohne richterlichen Befehl möglich.

### **• Der Abstimmungskampf**

Die Grünen BL haben an der GL-Sitzung vom 16.8.05 einstimmig das "NEIN" zum Hanfgesetz beschlossen. Mit dem Slogan "**Stopp der Bürokratie - NEIN zum überflüssigen Hanfgesetz**" wollen sie die StimmbürgerInnen aufmerksam machen. Das Hanfgesetz wird wenig praktische Auswirkungen haben. Die Annahme durch das Volk würde aber in den Medien als Zustimmung zu einer noch repressiveren Hanfpolitik gewertet.

## Personenfreizügigkeit - JA!

Philipp Schoch, Landrat, Parteipräsident



### Schweiz - EU

Die Schweiz kennt den freien Personenverkehr mit den EU Staaten seit Juni 2002. Das Volk sagte im Jahre 2000 ja zu den bilateralen Abkommen I, welche die Bestimmung enthält, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Europäischen Union mit ihren Familien in der Schweiz Leben und Arbeiten können.

Die EU hat sich im Mai 2004 erweitert: Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Zypern und Malta sind beigetreten. Nun sollen diese neuen EU Staaten dieselben Rechte erhalten wie die übrigen Staaten.

### Grüne Migrationspolitik

Der freie Personenverkehr ist die Basis Grüner Migrationspolitik. Jeder Mensch hat ein Anrecht auf berufliche und geographische Mobilität, auf Arbeitsmarktzugang, auf Bildung und auf Familiennachzug. Nicht nur Menschen aus der EU profitieren von der Personenfreizügigkeit, sondern auch wir Schweizerinnen und Schweizer: Das Abkommen bietet ihnen dieselbe Bewegungs-, Bildungs- und Arbeitsfreiheit in allen EU Mitgliedstaaten. Die Grünen sind der Meinung, dass der freie Personenverkehr für alle Menschen gelten muss. Eine Diskriminierung zwischen den alten und neuen EU Mitgliedstaaten kommt für die Grünen nicht in Frage.

### Schutz der Arbeitnehmenden

Die Ausweitung der Personenfreizügigkeit löst bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern begriffliche Ängste aus. Arbeitsplatzverlust und Lohndruck begründen die Sorgen. Wir Grünen nehmen die Risiken von Lohndumping und Schwarzarbeit ernst. Die wirtschaftliche Lage der neuen Mitgliedstaaten ist völlig anders als diejenige in der Schweiz. Deshalb sind wir für die Verstärkung der Schutzmassnahmen gegen Schwarzarbeit und Lohndumping, die sogenannten flankierenden Massnahmen. Diese Schutzmassnahmen werden mit der Ausweitung des Personenverkehrs verbessert und ausgebaut. Der Einfluss der Arbeitnehmerorganisationen auf die Funktionsweise des Arbeitsmarktes wird dabei verstärkt. Zielgerichtete Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten bei Verletzung der Bestimmungen runden das Paket ab. Übergangsfristen bis ins Jahr 2011 gewähren eine schrittweise Öffnung der Arbeitsmärkte.

### Wichtig für die Region

Als Grenzregion ist es für Basel und Baselland wichtig, dass die Bedingungen mit der EU, den alten und den neuen Mitgliedstaaten optimal sind. Nur so kann sich die ganze Region positiv entwickeln. Unsere Region hat eine lange Tradition mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus den Nachbarländern, eine grosse Umstellung des Arbeitsmarktes ist nicht zu erwarten.

## Trauerspiel um Kriegsgeräte

Madeleine Göschke-Chiquet, Landrätin

### Von allen guten Geistern verlassen

Im Mai dieses Jahres hat der Bundesrat eine "qualitative und quantitative Verbesserung" unserer Beziehungen zu den USA beschlossen. Was damit gemeint war, hat er inzwischen deutlich gemacht: Rüstungsgeschäfte mit Südkorea, Israel, Pakistan und Irak, lauter Verbündete der USA, sind vorgesehen. Der geplante Verkauf von 180 Schützenpanzern an die irakische Armee, inzwischen von mehreren US-Agenturen bestätigt, war zunächst als Lieferung an die Arabischen Emirate, später an die irakische Polizei verschleiert worden.



Laut Bundesrat Deiss widerspricht der Panzerexport nach Irak dem Schweizer Waffenexportgesetz nicht, weil dort kein Krieg herrsche. „Wir sind im Krieg“, erklärte dagegen US-Präsident George Bush (baz 4.8.05), er muss es wissen.

Seit den Waffenexporten der Schweizer Firma Bührle nach Nazideutschland im 2. Weltkrieg hat kein Waffengeschäft unsere Neutralität und unsere Friedenstradition so tief verletzt wie dieser geplante Panzerexport. Nach dem Schweizer Strategieexperten Prof. A. A. Stahel ist der Panzerhandel "nicht nur dumm, sondern für die Schweiz gefährlich". Die Schweiz darf nicht zur Zielscheibe für Terroristen werden, und sie soll ihre Glaubwürdigkeit als neutrale Vermittlerin bei internationalen Konflikten behalten.

Unter [www.gruene.ch](http://www.gruene.ch) findet man die Petition „Kein Rüstungsmaterial in den Nahost“ zum Unterschreiben.

Vorschau



## **Am 27. November kommt die Gentechfrei Initiative zur Abstimmung!**

Diese Initiative, die der schweizerischen Landwirtschaft ein fünfjähriges Gentech-Moratorium bringt und garantiert, dass unsere schweizerischen Lebensmittel weiterhin gentechfrei bleiben, müssen wir unbedingt zum Erfolg verhelfen.

Bestellt daher bereits heute Werbematerial mit beigelegter Broschüre, schaut unter [www.gentechfrei.ch](http://www.gentechfrei.ch) nach und macht bei Nachbarn und Freunden schon heute Werbung für ein Ja zur Gentechfrei-Initiative. Wer sich in unserer Region aktiv engagieren möchte, kann sich beim neu gegründeten Regionalkomitee beider Basel, Gentechfrei-Initiative Ja, postlagernd, 4013 Basel, Tel. 078 914 33 46 oder unter [e.m.stuck@freesurf.ch](mailto:e.m.stuck@freesurf.ch) melden!



## Einsprachen in Pratteln

Philipp Schoch, alt Einwohnerrat, Landrat

Die Grünen Baselland haben gegen drei Grosseinkaufszentren in Pratteln Einsprache erhoben. Wir wollen die Projekte nicht verhindern, sondern bessere Verkehrssituationen erzwingen. Die Unabhängigen und Grünen im Einwohnerrat Pratteln versuchten auf dem parlamentarischen Weg Parkraumbewirtschaftung und verbesserte Anbindungen an den öffentlichen Verkehr in die Quartierpläne zu schreiben. Leider sind sie damit gescheitert. Nun versuchen wir zusammen mit dem VCS eine bessere Lösung zu realisieren und haben deshalb die Einsprachen lanciert.

## Neuigkeiten aus dem Sekretariat

Während drei Jahren hat **Sandra Wolf** das Sekretariat der Grünen Basel-Land geleitet, die Fäden der Partei zusammengeführt und so massgeblich an der erfolgreichen Entwicklung der Grünen Partei mitgearbeitet. Sandra trat im Sommer 2005 zurück, um sich ganz den Abschlussprüfungen ihres Studiums an der Universität zu widmen. Wir danken ihr ganz herzlich für ihr Engagement und wünschen ihr alles Gute für die Zukunft!



Seit Juni lenkt **Bjørn Schaub** die Geschicke des Sekretariats und der Grünen. Der frisch gebackene Historiker verfügt über einen kaufmännischen Hintergrund und übernahm 2003/04 für ein Jahr die Stellvertretung des Parteisekretariats. Seit Herbst 2004 ist er ausserdem als politischer Sekretär für Maya Graf tätig. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und heissen ihn herzlich willkommen!

## Fraktionsausflug

Am 8. Juni fand der Fraktionsausflug der Grünen BundesparlamentarierInnen ins Baselbiet statt



Maya Graf empfing rund 50 Gäste im grünen Wald von Sissach. Im Bild v.l.n.r. Maya Graf, Cecile Bühlmann, Ruth Genner, Hubert Zurkinden, Anne Catherine Menetrey-Savary, Jo Lang

# GRÜNE ENERGIEPERSPEKTIVEN

24. September

im Gewerkschaftshaus in Basel

Das Grüne Bündnis Basel-Stadt und die Grünen Baselland laden dich herzlich ein zur Tagung "Grüne Energieperspektiven". Was kommt nach dem Erdöl? Droht der Schweiz in zwanzig Jahren tatsächlich eine Stromversorgungslücke? Was können die Grünen auf kantonaler Ebene tun, um den grünen Energieperspektiven auf politischer Ebene zum Durchbruch zu verhelfen? Auf diese und weitere Fragen werden unsere Referenten eingehen.

## Programm

Wir haben vier Referenten zu ausgesuchten Energiethemen eingeladen. Sie werden jeweils eine halbe Stunde eine konkrete Fragestellung erörtern. Anschliessend diskutieren sie eine weitere halbe Stunde mit dem Plenum Thesen und Fragen rund um ihr Thema.

### 09.30 Uhr Erneuerbare Energien – ökologischer Wunschtraum oder realistische Zukunft?

**RUDOLF RECHSTEINER:** Nationalrat SP, Mitglied der Kommission für Umwelt / Raumplanung / Energie, Präsident des Nordwestschweizer Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke sowie Autor des Buchs „Grün gewinnt - die letzte Ölkrise und danach“.

[www.rechsteiner-basel.ch](http://www.rechsteiner-basel.ch)

*kurze Pause*

### 10.45 Uhr Ökoenergie aus Sicht eines Anbieters

**ERIC NUSSBAUMER:** Landrat SP, Mitglied der Energiekommission des Kantons Basel-Stadt, Geschäftsleiter der Arbeitsgemeinschaft für dezentrale Energieversorgung.

[www.eric-nussbaumer.ch](http://www.eric-nussbaumer.ch)

*Mittagspause:* Buffet mit Sandwiches und Früchten

### 13.15 Uhr Bauen für die Zukunft

**FRANCO FREGNAN:** Energieingenieur mit Ingenieurbüro in Basel und Mitarbeiter der FHBB, Institut für Energie in Muttenz. [www.fregnan.ch](http://www.fregnan.ch)

*kurze Pause*

### 14.30 Uhr Politische Interventionen der Grünen im Energiebereich

**GERI MÜLLER:** Nationalrat Grüne, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission, Präsident der Schweizerischen Energie-Stiftung und Präsident von Solarenergie für Demokratie. [www.geri-mueller.ch](http://www.geri-mueller.ch)

*Abschluss um ca. 16 Uhr*

## Anmeldung

Die Tagung findet am 24. September im ersten Stock des Gewerkschaftshauses (beim Claraplatz) statt. Sie dauert von 09.30 bis ca. 16.00 Uhr.

Wir freuen uns auf deine Anmeldung bis am 17. September beim Sekretariat der Grünen BL: [bl@gruene.ch](mailto:bl@gruene.ch) oder telefonisch/via Fax 061 321 41 15.